

Viel Lärm um Nichts? Erdoğan, Gezi und die Türkei 2013



DOI-Kurzanalysen
Ausgabe Dezember 2013

Deutsche Orient-Stiftung/German Orient-Foundation
-Deutsches Orient-Institut/German Orient-Institute-

gegründet / founded by NUMOV 1960

Ludwig Schulz

Viel Lärm um Nichts?**Erdoğan, Gezi und die Türkei 2013****1. Bilder für die Ewigkeit, doch die Medienkarawane zieht weiter**

Seit dem vergangenen Frühsommer ist „Gezi“ zum Inbegriff einer starken türkischen Zivilbevölkerung und zum hoffnungsvollen Symbol für mehr Demokratie in der Türkei geworden. Doch gleichsam sind damit auch Fotos und Videos verbunden, die auf ewig gespeichert bleiben: die Pfeffersprayattacke auf die Frau im roten Kleid, ein von Tränengas vernebelter Taksimplatz in Trümmern, verletzte und verzweifelt nach Atemluft schnappende Demonstranten, Verfolgungsszenen durch Polizeieinheiten auf der İstiklâl Caddesi, die Vereinigung traditionell verfeindeter Fußballclubfans unter dem Banner „Istanbul United“, John Lennons „Imagine“, live auf dem Konzertflügel gespielt vor dem Atatürk-Denkmal, die Volksfeststimmung unter den mit Dosen und Pfannen lärmenden „çapulcular“, Erdoğan-Plakate mit Hitlerbart unter dem Titel „The Dictator“, ein triumphierender Ministerpräsident vor hunderttausenden Anhängern, spontane Kundgebungen von schweigenden „Standing Men“ im ganzen Land.¹

Die türkischen Proteste und die gewaltsamen Zusammenstöße im Mai und Juni 2013 hatten darüber hinaus eine enorme Präsenz in den westlichen Medien. Korrespondenten berichteten live mit brennenden Augen vom Geschehen, Sondersendungen und -ausgaben von Zeitungen und Magazinen widmeten sich den Protesten. Demonstranten organisierten auf *Facebook* ihre Aktionen, posteten Schlachtrufe, aktuelle Polizeibewegungen und Versorgungsengpässe oder versicherten sich ihrer Solidarität. Und auch das Bild der vom massiven Polizeieinsatz verletzten GRÜNEN-Chefin Claudia Roth („Das ist ein Krieg gegen die eigene Bevölkerung“) ging nach der endgültigen Räumung des Gezi-Parks per

Twitter direkt in den Nachrichtenstudios ein. Bis heute ist das Internet voll von Fotos und Videos sowie Augenzeugenberichten zu den Protesten und dem gewaltsamen Vorgehen der Staatsmacht. Auf *Facebook* nahmen die Kritik und Anfeindungen der gegen die AKP-Regierung unter Premier Recep Tayyip Erdoğan demonstrierenden Jugend kaum ab.

Doch im Kontrast dazu ist bemerkenswert, wie schnell die Wissenschaft hierzulande das Thema abhandelte und wie nahezu vollständig „Gezi“ aus der medialen Berichterstattung verschwunden ist.² Es erstaunt, wie still es um Erdoğan und die AKP, aber auch um die Protestbewegung geworden zu sein scheint. Kein „heißer Herbst“, wie vereinzelt noch vermutet, „Gezi ohne Folgen“ titelte *FAZ*-Korrespondent Michael Martens unlängst.³ Wie angekündigt eröffnete die Europäische Union (EU) ein neues Kapitel ihrer Beitrittsverhandlungen mit der Türkei – ohne weitere Diskussion, ohne Sanktionen, ohne erneut vehemente Verurteilung der Vorfälle.

So drängt sich geradezu die Frage auf, was der wochenlange, heftige Protest nun bewirkt hat. Steht als Bilanz des Jahres 2013 für die Türkei nur: Viel Lärm um Nichts bzw. allenfalls um ein paar Bäume und um die selektive Wahrnehmung anarchistischer Jugendlicher? Oder handelt es sich doch um eine historische Zäsur mit tief greifender Wirkung für das Land und seine Gesellschaft? Auf diese Fragen werden im Folgenden Antworten gegeben. Dabei stehen zunächst die Akteursstruktur und die Motivation der Proteste im Vordergrund, bevor die Reaktionen der Regierung nachgezeichnet und die soziopolitischen Kontexte der Ereignisse aufgezeigt werden. Für die Beantwortung der entscheidenden Frage „Was bleibt von ‚Gezi‘?“ wird schließlich ein analytischer Ausblick gegeben.

¹ Für die Ikonographie der Protestbewegung vgl. bspw. <http://www.showdiscontent.com/archive/gezi-parki/> und <http://www.occupygezpics.tumblr.com/>.

² Vgl. allenfalls Yaşar Aydın: Protest und Opposition in der Türkei – Das Ende einer Erfolgsgeschichte?, 18. Juni 2013, <http://www.bpb.de/internationales/afrika/arabischer-fruehling/163433/protest-und-opposition-in-der-tuerkei-das-ende-einer-erfolgsgeschichte>; Günter Seufert: Demonstrationswelle in der Türkei – Erdoğan hat den Zenit seiner Macht überschritten, *SWP-Aktuell* Nr. 38, Juli 2013; Christiane Schlötzer et al.: „Die Ruhe nach dem Sturm“, *SZ-Magazin* vom 18. Oktober 2013; *ARTE*: „Türkei – Die gespaltene Republik“, 5. November 2013.

³ *Frankfurter Rundschau*: Massive Proteste in der Türkei, 9. September 2013, <http://www.fr-online.de/tuerkei/tuerkei-massive-proteste-in-ankara,23356680,24249016.html>; *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: Gezi ohne Folgen, 19. Oktober 2013, <http://www.faz.net/aktuell/politik/nach-den-protesten-in-der-tuerkei-gezi-park-ohne-folgen-12623875.html>.

2. Steine des Anstoßes, Steine der Verteidigung: die Protestbewegung

Entzündet hatten sich die Proteste Ende Mai 2013 an den ersten Räumungsaktionen der Istanbul Behörden am Gezi-Park, einer etwa drei Hektar großen Grünzone nördlich des Taksim-Platzes, dem Verkehrsknotenpunkt der Stadtteile Beyoğlu, Şişli und Beşiktaş.⁴ Wenngleich verkehrsumtost und über Jahre vernachlässigt, stellt Gezi die einzige größere öffentliche Parkanlage in diesem Teil der Metropole dar.⁵ Nach Beschlüssen des Stadtrats von Beyoğlu und der Istanbul Metropolverwaltung von 2011 und nach Willen der Regierung in Ankara sollte an ihrer Stelle ein Einkaufszentrum errichtet werden. Das Vorhaben war zum einen Teil des Großprojekts zur Umgestaltung des Taksim, wobei der Platz untertunnelt und in eine Fußgängerzone umgewandelt werden sollte. Zum anderen war geplant, bei der Fassade der Shopping Mall architektonisch an die zuvor an gleicher Stelle stehenden Topçu-Kasernen aus osmanischer Zeit anzuknüpfen und ihren Innenhof zu begrünen.⁶

Schon ab 2011 hatten sich Kritiker und Gegner zu einer Aktivistenplattform „Solidarität mit Taksim“ zusammengeschlossen und versucht, öffentlich auf ihre Bedenken aufmerksam zu machen.⁷ Sie kritisierten die zunehmende Gentrifizierung Istanbuls, intransparente Beschlussfassungen ohne Bürgerbeteiligung und die Desinformation über zukünftige Umgestaltung von Stadtvierteln und Plätzen. Für den Taksim, dessen historischer Symbolwert für das kemalistische Establishment wie für das linke und das religiös-konservative politische Lager bedeutend ist,⁸ forderten sie einen sofortigen Stopp der Umbaumaßnahmen sowie mehr Mitbestimmung der Bürger. Zudem war es im Vorfeld der Gezi-Ereignisse bereits mehrfach in den umliegenden Vierteln zu Spannungen und Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und vor allem jungen protestbereiten Gruppen gekommen: so etwa während der

Kundgebungen am 1. Mai durch linke und linksextreme Gruppen in den Vierteln Şişli und Beşiktaş; infolge des Abrisses des ältesten Istanbuler Kinos in Beyoğlu am 9. Mai; sowie durch die Ultras von Beşiktaş Istanbul („Çarşı“) während des letzten Ligaspiels ihres Fußballvereins im İnönü-Stadion am 11. Mai.

Diese aufgeheizte Stimmung entlud sich am 27. Mai, als sich Gegner des Bauvorhabens am Gezi-Park gegen anrückende Bagger stellten und es zu Handgreiflichkeiten zwischen Anwohnern der umliegenden Viertel und der Polizei, die den reibungslosen Baubeginn sicherstellen sollten, kam. Aktivisten begannen damit, im Park Zelte aufzuschlagen und eine Besetzung als Protest gegen das Bauprojekt zu organisieren. Darauf reagierte die Polizei mit vorläufigen Festnahmen und der Mobilisierung von Einsatztruppen und schwerem Gerät. Ab 30. Mai kam es täglich zu heftigen Zusammenstößen und dem massiven Einsatz von Pfefferspray, Tränengas, Räumfahrzeugen und unverhältnismäßiger Gewalt durch die Sicherheitskräfte. Diese zogen sich am 1. Juni vom Taksim zurück und überließen Park und Platz den Demonstranten, die umgehend die Zugangsstraßen und -wege verbarrikierten.

Spätestens dabei war offensichtlich geworden, dass aus der kleinen Gruppe aus Anwohnern und Umweltschützern am Gezi eine breite, heterogene Protestbewegung aus verschiedenen sozialen Gruppen und politischen Fraktionen geworden war. Deren gemeinsame Wut richtete sich gegen die AKP-Regierung und Ministerpräsident Erdoğan und dessen als entmündigend und zunehmend autoritär wahrgenommenen Regierungs- und Politikstil. Mit dieser Stoßrichtung des Protests forderte ein Großteil der Demonstranten seinen Rücktritt, und in nur wenigen Tagen riefen sie nahezu landesweit: „Taksim ist überall“. Allerdings zeigte sich während dieser Eskalation auch, dass auf den kleinen Protestzug der Gezi-Gruppe nicht nur Jugendliche und deren Eltern aufgesprungen

⁴ Zur Chronologie der Ereignisse vgl. den deutschsprachigen Wikipedia-Eintrag „Proteste in der Türkei 2013“ auf http://www.de.wikipedia.org/wiki/Proteste_in_der_Türkei_2013. Allerdings ist grundsätzlich die Neutralität der Wikipedia-Darstellung in Frage zu stellen.

⁵ Selbst wenn festzuhalten ist, dass die Bewohner Istanbuls Pausen vom Verkehr und der Hektik der Metropole wenn überhaupt, dann entweder zu Hause und in Teestuben und Cafés oder möglichst an den Ufern des Bosphorus, der großen blauen Lunge der Stadt, suchen.

⁶ Ebenso sollte eine Entscheidung getroffen werden, das Atatürk-Kulturzentrum, eine Ikone republikanischer Architektur und Kultur, entweder grundlegend zu sanieren oder abzureißen und neuzubauen.

⁷ Vgl. dazu und im Folgenden <http://www.taksimplatformu.com> und <http://www.taksimdayanisma.org> sowie *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*: „Erdoğan spielt ein gefährliches Spiel“, 9. Juni 2013, S. 4.

⁸ Vgl. zu Platz- und Stadtgeschichte kurz Klaus Kreiser: „Angewandte im 21. Jahrhundert“, in: *Du – das Kulturmagazin*, 65, 2005, S. 50.-56, <http://www.eurozine.com/articles/2005-11-02-kreiser-de.html>.

waren, die ihr politisches Erweckungserlebnis erfahren oder nach dem Militärputsch von 1980 und der Depolitisierungsphase der 1980er und 1990er Jahre erneuern wollten, indem sie sich friedlich an den Demonstrationen für mehr demokratische Partizipation beteiligten. Vielmehr noch hatten sich zu ihnen auch Aktivisten aus dem oppositionellen politischen Lager (CHP, SDP, TKP, DİSK, KESK usw.) und von in- und ausländischen, z. T. rechts- bzw. linksextremistischen Organisationen und Bewegungen (TGB, KCK, SDP, MLKP, MKP, DHKP/C, Dev-Yol, Çarşı, Attack, Occupy, Anonymous u.v.m.) gesellt, die durch Provokationen, Krawalle und Gewaltbereitschaft ihrerseits zur Eskalation beitrugen. Allerdings schützten diese gleichsam aufgrund ihrer Fähigkeit und Erfahrung, Protest und Widerstand zu organisieren, die Bewegung der friedliebenden Demonstranten gegen die gewaltige Polizeimacht.

Vor allem mittels der sozialen Medien wie *Facebook*, *Tumblr* und *Twitter* (#occupygezi, #DirenGeziParkı) sowie der internationalen TV-Sender und Nachrichtenportale war es den Demonstranten möglich, die eskalierten Proteste rund um den Taksim in Istanbul auch auf andere Städte, allen voran der Kapitale Ankara, zu übertragen.⁹ Dort mobilisierten vor allem die Oppositionsparteien Protestkundgebungen und es kam wie in Istanbul zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Dabei hatten weitere Ereignisse und Entwicklungen jenseits des Gezi-Parks und des Taksim-Projekts Anlass zum Protest gegeben, die ihrerseits die politische Stimmung im Land in den Wochen zuvor angeheizt hatten: von der konservativ-islamischen Frauen- und Familienpolitik und dem „Kuss-Skandal“ von Ankara, über den Gesetzesbeschluss zur Einschränkung des Alkoholkonsums und dem Baubeginn der dritten Bosphorusbrücke mit dem Aleviten-feindlichen Namensgeber „Yavuz Sultan Selim“, bis hin zum Anschlag in der Grenzstadt Reyhanlı mit über 50 Toten und 140 Verletzten, der das Land am 11. Mai erschütterte und dessen Verwobenheit mit dem Bürgerkrieg im benachbarten Syrien offenbarte.¹⁰

Rückblickend betrachtet versammelten sich auf den Straßen türkischer Städte während

jener Frühsommerwochen hunderttausende Regierungskritiker, die – ob aus Eigenantrieb oder von Dritten mobilisiert, ob nun zum ersten Mal überhaupt demonstrierend oder seit jeher politisch aktiv, ob strikt friedlich oder gewaltbereit – gegen die seit zehn Jahren amtierende AKP-Regierung und gegen Regierungs- und Parteichef Erdoğan Sturm liefen. Dabei wirkten der massive Einsatz von Gewaltmitteln durch die Polizei und deren offensichtlich willkürliche Ignoranz von Menschen- und Bürgerrechten, aufgezeichnet von tausenden Handycameras und sekundenschnell verbreitet über das Internet, als Katalysatoren; ganz zu schweigen vom Scheitern der Deeskalationsversuche bzw. dem Anheizen der Stimmung durch die Politik, allen voran durch Premier Erdoğan selbst.

3. Die Regierung: Zündeln statt Zähmen, Spalten statt Schlichten

Zu Beginn der Proteste legten die Regierung und führende Politiker sowie die Behörden vor allem zwei Reaktionsweisen an den Tag: Entweder zeigten sie vorsichtig Verständnis für die Belange der Demonstranten, verurteilten die Gewalt und riefen zu Ruhe auf – wie etwa Staatspräsident Abdullah Gül und der stellvertretende Premier und Regierungssprecher Bülent Arınç. Oder aber sie folgten Erdoğan's agitativer Kommunikationstaktik: So verunglimpfte er die Demonstranten als „Gesindel“ („çapulcular“) und „Arbeitslose“, kündigte zusätzlich zum Bau der Shopping Mall noch den einer Moschee auf dem Taksim an, vermutete ausländische Kräfte hinter den Protesten und erklärte, die Polizei würde sogar sanfter als erlaubt vorgehen. Ähnlich äußerten sich auch der Istanbul-Gouverneur Hüseyin Avni Mutlu, gleichsam oberster Dienstherr der örtlichen Einsatzkräfte, oder Europaminister Egemen Bağış, der wie sein Premier die „Zinslobby“ und „internationale Netzwerke“ für die Eskalation verantwortlich machte, welche die unter der AKP-Herrschaft wirtschaftlich und politisch erstarkte Türkei ins Chaos stürzen wollten.

So uneindeutig die Kommunikation der politischen Exekutive insgesamt war, so sehr setzte sich deren Schlingerkurs beim Management der Krise auch auf der Handlungsebene fort: Ministerpräsident Erdoğan zum

⁹ Viele staatliche und private Medien im Land hatten weitgehend die Berichterstattung über die Proteste ignoriert oder verweigert. Dies wird weithin als Beleg für eine grassierende (Selbst-) Zensur bzw. mediale Kooptation durch die AKP-Regierung gedeutet. Vgl. Esra Arsan: Killing Me Softly with His Words: Censorship and Self-Censorship from the Perspective of Turkish Journalists, in: *Turkish Studies*, 14 (3), 2013, S. 447-462.

¹⁰ Zu Strukturen, Hintergründen und gängigen Interpretationen der Proteste vgl. die Beiträge in der Sommerausgabe von *Insight Turkey*, 15 (3), 2013.

einen begab sich auf eine geplante Reise nach Marokko, Algerien und Tunesien, wo er es mit Blick auf die Proteste zuhause tunlichst vermied, die arabischen Revolutionen von 2011 zu deutlich zu loben. Von seiner konfrontativen Haltung rückte er jedoch nicht ab. Dagegen traf sich sein Stellvertreter Arınc in der Zwischenzeit mit Vertretern der Taksim-Plattform und zeigte so die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der Regierung, während Präsident Gül seinerseits die Demonstranten dazu aufforderte, die Proteste umgehend abzubrechen.¹¹ Die Zahl der Toten in Folge der anhaltenden Auseinandersetzungen stieg währenddessen auf vier (darunter ein bei den Protesten in Adana verunglückter Polizist) und die der Verletzten und Festgenommenen auf bereits mehrere Tausend. Die führenden Oppositionsparteien CHP und MHP kritisierten das Vorgehen der Sicherheitsbehörden und setzten ihre Solidaritätsbemühungen mit der Protestbewegung fort. Aufrufen der Gewerkschaftsverbände zum Generalstreik wurde nur teilweise entsprochen.

Nach seiner nächtlichen Rückkehr aus Tunis am 6. Juni ließ sich Erdoğan noch am Istanbul Flughafen von tausenden Anhängern feiern und lobte diese für ihre Gelassenheit. Er agitierte erneut gegen die Demonstranten und deren Forderungen, denen er jede Legitimität absprach, erklärte allerdings auch, an Stelle des Einkaufszentrums ein Museum (bei gleichbleibender Fassade im Kasernenstil) bauen zu lassen. Dort wie auch auf Massenkundgebungen in Adana und Mersin sowie vor der AKP-Fraktion und im Parlament in Ankara an den Folgetagen forderte er, dass die Proteste umgehend beendet werden sollten. Während sich der Taksim weiterhin noch in der Hand der Demonstranten befand und der Protest gegen Erdoğan und seine Regierungspolitik friedlich verlief und kreative Blüten, gleichsam aber auch weitere Provokationen („Kes sesini Tayyip“ etc.) hervorbrachte, hielten in anderen Landesteilen die gewaltsamen Auseinandersetzungen an. Am 9. Juni kritisierte die Polizeigewerkschaft die Bedingungen für die seit Wochen in Istanbul im Dauereinsatz und unter physischen und psychischen Druck stehenden Beamten.

Daraufhin begann das Innenministerium, weitere Sicherheitskräfte nach Istanbul zu beordern – darunter vor allem solche aus dem relativ ruhig gebliebenen Südosten des Landes, die in jahrelangen Kämpfen mit extremistischen Gruppen Erfahrung und damit auch eine tiefere Hemmschwelle für massive Gewaltanwendung haben sollten.

Die Rückkehr der Polizei auf den Taksim am 11. Juni führte erneut zu schweren Zusammenstößen. Die Demonstranten zogen sich auf das Areal des angrenzenden Gezi-Parks zurück und die Lage beruhigte sich ein wenig. Am 12. Juni akzeptierte die Regierung einen gerichtlich verfügten Baustopp und nahm die Idee auf, ein Referendum über die Zukunft des Platzes und des Parks abhalten zu lassen. Zudem erklärte Erdoğan seine Bereitschaft, sich mit Vertretern der Protestbewegung zu treffen. Medienberichten zufolge kam es bei dem Treffen tags darauf allerdings zum Eklat zwischen dem Premier und der Vertreterin der an den Protesten beteiligten Gewerkschaft DİSK.¹² Ob Erdoğan diesen Zwischenfall zum Anlass für ein Ultimatum an die Demonstranten genommen hatte, den Gezi-Park innerhalb von 24 Stunden zu räumen, ist unklar.

Am 15. Juni – das Ultimatum war verstrichen, die Stimmung unter Aktivisten und Bürgern im Gezi-Park blieb angespannt – erklärte der Premier vor zehntausenden Anhängern in Ankara erneut das Ende seiner Geduld mit denen, die gegen ihn und die Seinen seien („niemand wird gezwungen uns zu mögen“), und drohte ungewiss mit den Konsequenzen seiner für den Folgetag geplanten Massenkundgebung im Istanbuler Bezirk Zeytinburnu. Entgegen anderslautender Versicherungen des Istanbuler Gouverneurs Hüseyin Avni Mutlu begannen Polizeieinheiten noch in der Nacht, das Protestcamp im Gezi-Park unter Aufbringung massiver Gewalt zu räumen. Straßenschlachten, Verfolgungen und Festnahmen setzten sich vor allem in Istanbul und Ankara während des ganzen Tages fort. Doch noch vor Sonnenaufgang ließ die Istanbuler Stadtverwaltung soweit möglich die Spuren des Kampfes beseitigen

¹¹ Hatte Gül anfangs noch viel Lob für seine Ermahnung erhalten, dass Demokratie nicht nur aus gewonnenen Wahlen, sondern auch aus Respekt vor unterschiedlichen Meinungen bestünde, nahm er sich jedoch durch seine Entscheidung am 5. Juni, das umstrittene Gesetz zur Einschränkung des Alkoholkonsums widerspruchlos zu unterzeichnen, und durch seine Reise daraufhin zur Teearnte an die Schwarzmeerküste (mit entsprechenden, harmonischen Pressefotos) selbst aus dem Spiel.

¹² *Hürriyet Daily News*: „Turkish PM gets angry with union head during critical Gezi meeting, calmed down by daughter“, 15. Juni 2013, <http://www.hurriyetdailynews.com/turkish-pm-gets-angry-with-union-head-during-critical-gezi-meeting-calmed-down-by-daughter.aspx?PageID=238&NID=48869&NewsCatID=338>.

und Blumen und Bäume im Gezi-Park und am Taksim pflanzen.¹³

4. Nach Gezi: Repressionen und Reformen im Zeichen des Staatsumbaus

Nach der Räumung des Parks dezentralisierte sich der Protest gegen die Regierung. In Parkforen und im Internet diskutieren Aktivistengruppen das weitere Vorgehen, während friedliche Protestaktionen in Istanbul („Standing Men“, Massenfastenbrechen, Hochzeitsfeiern) und in anderen Städten teilweise geduldet, teilweise von den Ordnungskräften erneut gewaltsam beendet wurden. Ende Juli, zum Beginn der Sommerferien und des Fastenmonats Ramadan, brach die Welle organisierter Massendemonstrationen erschöpft in sich zusammen.

Nach der Sommerpause legten Nichtregierungsorganisationen und staatliche Stellen ihre Bilanzen vor. Amnesty International zählte bis Mitte Juli 2013 zirka 4.900 Festnahmen und 8.000 Verletzte. Von den sechs Personen, die während der Proteste ihr Leben verloren, seien mindestens drei Opfer des harten Eingreifens der Polizei geworden. Deren Gewalt sei unverhältnismäßig und unrecht gewesen, da sie gegen OSZE-Richtlinien verstoßen habe. Die Türkische Ärztekammer verzeichnete 104 Opfer mit schweren Kopfverletzungen, da die Polizei gezielt mit Tränengaspistolen auf die Demonstranten (statt über deren Köpfe) geschossen hätte. Zudem kritisierte sie aufs Schärfste, dass Ärzten die Behandlung Verwundeter verwehrt, sowie Helfer festgenommen und staatlicher Repression ausgesetzt worden seien.¹⁴

Andererseits bilanzierten auch das Innenministerium und die Justizbehörden die Ereignisse und leiteten weitere Ermittlungen ein: sowohl gegen Individuen und Organisationen, die für Krawalle verantwortlich gewesen seien, als auch gegen Polizeikräfte, die durch exzessive Gewaltanwendung zur Eskalation beigetragen und Menschen- und Bürgerrechte verletzt hätten. Ihren Angaben nach seien während der Protestwochen über 4.300 Zivilisten und fast 700 Polizisten verletzt worden. In ganz Istanbul hätten sich zirka 1,5

Mio. Menschen an den Demonstrationen beteiligt. Insgesamt sei an öffentlichem und privatem Eigentum, darunter 71 Bankeinrichtungen, 74 PKW bzw. Polizeifahrzeuge, 30 Busse und vier Feuerwehrgewehre, ein Schaden in Höhe von 17 Mio. Lira (ca. 6,2 Mio. Euro) entstanden. Über 5.300 Demonstranten, darunter mehrheitlich Mitglieder oder Sympathisanten linksgerichteter und -extremistischer Organisationen und Bewegungen, wie etwa der verbotenen MLKP, SDP und DHKP/C, seien landesweit festgenommen und 160 per Gerichtsurteil zu Haftstrafen verurteilt worden.¹⁵

Vor allem das linke Lager mit seinen Organisationen und Bevölkerungsgruppen – Gewerkschaften, Jugendbewegungen und Studierende sowie regierungskritische Journalisten – standen und stehen seit dem Abflauen der Protestbewegung im Zentrum von Ermittlungen und Repressionen von Seiten staatlicher Behörden. Daran entzündeten sich vereinzelte, aber teilweise nicht minder heftige Aktionen und Auseinandersetzungen: So etwa im Juli, als landesweit Mitglieder der Taksim-Plattform und Aktivisten wegen des Verstoßes gegen das strikte, umfassend anwendbare und daher auch viel kritisierte Anti-Terror-Gesetz festgenommen wurden; oder seit Mitte September in Ankara, wo der Baubeginn einer Straße durch die Parklandschaft einer Universität dauerhaft zu Zusammenstößen zwischen Studenten und Polizei führt. Zudem kam es immer wieder zu Massendemonstrationen und gewaltsamen Auseinandersetzungen gerade im Süden und Südosten des Landes im Zusammenhang mit dem syrischen Bürgerkrieg bzw. dem fortgesetzten Prozess zur Lösung der Kurdenfrage.

Gerade dieser politische Prozess, der seit Jahresbeginn die politische Agenda in der Türkei wie kaum ein anderes Thema bestimmte, spielte in die Proteste hinein. „Gezi“ hatte gezeigt, dass Türken und Kurden in Istanbul politisch-ideologische Gräben überwinden und gemeinsam mit anderen Gruppen und Minderheiten für jene im Umbau befindliche, neue und demokratischere Türkei eintreten wollten. Doch auch umgekehrt hatte die Regierung und allen voran Premier Erdoğan

¹³ Vgl. die detaillierte Chronologie auf <http://www.todayszaman.com/news-318390-clashes-in-istanbul-ankara-ahead-of-erdogan-rally.html>.

¹⁴ Vgl. *Spiegel Online*: „Amnesty-Bericht zur Türkei: Die Opfer vom #gezipark“, 2. Oktober 2013, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/erdogan-proteste-amnesty-international-klagt-polizeigewalt-an-a-925499.html>.

¹⁵ Vgl. *Today's Zaman*: „Treasury presses charges against Gezi protesters for public property damage“, 20. September 2013, <http://www.sundayszaman.com/news-326992-treasury-presses-charges-against-gezi-protesters-for-public-property-damage.html>.

immer wieder erklärt, dass die Proteste von Gegnern des von ihm und seiner Regierung begonnenen Lösungsprozesses angestachelt würden. Und er hatte betont und gedroht, dass er sich durch nichts und niemanden vom eingeschlagenen Weg hin zur Versöhnung von Türken und Kurden und vom Staatsumbau nach Vorstellungen der Mehrheitsgesellschaft bzw. der AKP als stärkste Parlamentsfraktion abbringen lasse.¹⁶

So präsentierte die Regierung am 30. September ein „Demokratiepaket“ genanntes Bündel neuer Gesetzesinitiativen, die darauf abzielen sollten, Ungleichheiten und Diskriminierung im Land abzubauen und die Demokratie und eine neuen politischen Kultur zu stärken. Betonten westliche Medien dabei, dass die Regierung nun mit der Aufhebung des Kopftuchverbots im Parlament die Islamisierung des Landes vorantreiben wolle, so beinhaltete das Paket jedoch auch mehr kulturelle Rechte für Kurden, Aleviten und Christen und setzte durch die Abschaffung des umstrittenen Eids für Schüler die Entmilitarisierung der Gesellschaft fort. Zudem stellte Erdoğan bei der Vorstellung der Reformvorhaben Veränderungen im Parteien- und Wahlsystem vor bzw. eine Diskussion über die 10-Prozent-Hürde in Aussicht, die es oppositionellen Kräften erschwert, ins Parlament zu kommen.¹⁷

Dabei standen das Reformpaket und dessen Präsentation durch Erdoğan nicht nur im Schatten der Gezi-Ereignisse und der Kurdenpolitik. Gleichsam sollte das Paket auch Ausdruck des Regierungswillens sein, den Weg konstanter Reformen, wie ihn die Türkei seit über einer Dekade gegangen ist, nicht zu verlassen: Dieses Signal sollte sowohl an die

Wähler vor den Kommunal- und Präsidentschaftswahlen 2014 wie auch an die Europäische Union gehen, die im Juni eine Kapiteleröffnung in den Beitrittsverhandlungen in Aussicht gestellt, aber wegen der Gezi-Ereignisse hinausgezögert hatte.¹⁸ Allerdings muss rückblickend auf jene Dekade der AKP-Regierungszeit festgehalten werden, dass die Reformen bzw. der Staatsumbau, den die Regierung stets mit Verweis auf die von der EU für einen Beitritt verlangten Kopenhagener Kriterien begründet, seit jeher von oben, d. h. durch die staatliche Exekutive und Legislative, initialisiert und durchgeführt wurden.¹⁹

5. Erdoğan's Mission und die Anti-AKP von Gezi

So zeigen sich sowohl im Kontext der türkischen Reformpolitik wie auch im Nachgang von „Gezi“ immer wieder Erdoğan's Selbst- und Politikverständnis: Als Chef der Regierung und der dominanten AK-Partei sieht er sich als großer Reformers im paternalistischen Stile eines Atatürk.²⁰ Er habe der Türkei eine blühende Zukunft zu bereiten, die sich in Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen, visionären Großprojekten und steigender globaler Bedeutung des Landes sowie innergesellschaftlichem Frieden offenbare. Gleichsam sei er der Anführer („lider“) all jener, die diesen Weg mit ihm gehen wollten. Dabei impliziert dies allerdings auch, dass Kritik am Kurs als persönliche Beleidigung und Abweichungen davon nicht geduldet würden. Gegner und Kritiker, die ihm Autoritarismus und Chauvinismus, Korruption und Raubtierkapitalismus sowie eine Spaltung der Gesellschaft entlang religiöser Linien vorwerfen, würden ignoriert, marginalisiert und gegebenenfalls sogar mit harter Hand zerschlagen.²¹ „Ihr

¹⁶ Gerade von türkischen und kurdischen Nationalisten war die Regierung angefeindet worden, weil sie zur Beilegung des Jahrzehnte alten Konflikts erstmals Direktverhandlungen mit Abdullah Öcalan, dem inhaftierten Führer der als Terrororganisation eingestuft PKK, aufgenommen hatte.

¹⁷ Vgl. bspw. *Deutsch-Türkische Nachrichten*: „Erdoğan stellt Demokratiepaket vor“, 30. September 2013, <http://www.dj-online.de/tuerkei-erdogan-demokratiepaket-kopftuchverbot-10869>.

¹⁸ Während der Gezi-Protteste hatten EU-Vertreter und europäische Partner immer wieder deutlich die Regierung ange-mahnt, auf friedlichem Weg die Krise zu bewältigen, die Kritik der Menschen zu erhören und mehr Demokratie und Partizipation zuzulassen. Ebenso verlangte die EU-Kommission in ihrem Fortschrittsbericht vom Oktober 2013 eine umfassende Aufarbeitung der Vorfälle und die Fortführung dringender Reformen, insbesondere in der Rechtsstaatlichkeit. Vgl. EU Commission: Turkey 2013 Progress Report, 16. Oktober 2013, http://www.ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/package/brochures/turkey_2013.pdf.

¹⁹ Vgl. Charlotte Joppien (Hg.): Zehn Jahre AKP. Eine Retrospektive auf Außen-, Innen- und Kommunalpolitik, Istanbul: Orient-Institut 2012. Zwar legte die Regierung im Jahr 2010 der Bevölkerung in einem Referendum ein Gesamtpaket mit umfassenden Verfassungsreformmaßnahmen vor, doch gab es auch damals weder eine intensive gesellschaftliche Debatte noch eine Abstimmung über die Maßnahmen im Einzelnen. Vgl. dazu auch Günter Seufert: „Mehr Demokratie oder eine Stärkung religiös-konservativer Kräfte?“, *SWP-Aktuell* Nr. 75, 2010.

²⁰ Allerdings steht der AKP-Chef in einem distanziert-kritischen Verhältnis zur Personenverehrung Atatürks und ließ Maßnahmen zur „Entkemalisierung“ des öffentlichen Raums vornehmen. Als Erdoğan aber Atatürk während der Debatte um das „Alkoholgesetz“ indirekt als „Trinker“ bezeichnete, provozierte er damit die weiterhin überzeugten Verehrer des Staatsgründers zusätzlich. Dank an Charlotte Joppien für diesen Hinweis.

könnt es Unnachgiebigkeit nennen, Entschuldigung, aber dieser Tayyip Erdoğan wird sich nicht ändern“, ließ er am Vorabend des Sturms auf den Taksim wissen²² – ein Versprechen für seine Anhänger, eine Drohung an seine Gegner.

Zudem verdeutlichte „Gezi“ auch Erdoğan's Verständnis von Politik als Ermächtigung seiner Regierung durch das Votum der Bevölkerungsmehrheit. Deliberation und Beteiligung im Sinne einer konsensorientierten Demokratie sei nicht angebracht, ja schädlich gar, wenn es um große Aufgaben und die Verwirklichung von Visionen gehe, die als Dienst am Volk („hizmet“) zu verstehen seien. An diesem Dienst könnten und würden sich Gleichgesinnte (Gülen-Bewegung, „grüne Wirtschaft“ u. a.) beteiligen, um die Modernisierung des Landes voranzutreiben, ohne die tradierten Normen und Werte, insbesondere die der Religion, zu vernachlässigen. Mit diesem „konservative Demokratie“ („muhafazakar demokrasi“) genannten Politikansatz forderten Erdoğan und die Seinen den jahrzehntelang verehrten, institutionalisierten Kemalismus heraus, eroberten zusehends die Diskurshegemonie und sicherten ihre Schritte beim Umbau von Staat und Gesellschaft regelmäßig durch deutliche Wahlsiege ab. Außerdem wurden staatliche und nicht-staatliche Kontrollorgane (Verwaltung, Justiz, Medien) zersetzt, kooptiert oder marginalisiert.²³

Diese mangelnde aktive Einbindung und der Rückbezug der Politik auf die Bedürfnisse vieler Menschen mögen Gründe dafür sein, weshalb Kritik und Unzufriedenheit in Teilen des Landes während der AKP-Regierungszeit stetig gewachsen sind – auch wenn sich dies bislang nicht prozentual an der Wahlurne bemerkbar machte. Bis „Gezi“ hatten diese Gruppen noch auf etablierte, z. T. aber auch illegitime Weise versucht, Erdoğan und die AKP von der Macht zu verdrängen bzw. deren Machtanhäufung zu verhindern.²⁴ Doch da

während all der Jahre die Oppositionsparteien keine überzeugenden Alternativen zur AKP-Politik erarbeitet und sich stattdessen in populistischen Gefechten mit Erdoğan und der Regierung selbst desavouiert hatten, fanden die Unzufriedenen ein Ventil für Frust und Enttäuschung nur mehr im Protest. „Gezi“ wurde so letzter Anlass und Ausweg nach Jahren der gefühlten und tatsächlich erlebten Ignoranz, provokativen Einmischung und Bevormundung oder gar Entrechtung.

Erstmals entwickelte die regierungskritische Haltung in der Türkei somit das Format einer heterogenen außerparlamentarischen Opposition: Als gesellschaftlich extrem breit angelegte Anti-AKP-Bewegung war sie konträr zur Erdoğan-Partei (und zu den Strukturen und Stilen aller etablierter Parteien) flach und konsensual angelegt und versuchte, lebendige Partizipation vorzuleben. Dies ist als ein Novum in der politischen Kultur der Türkei festzuhalten und stellt mit Blick auf die Erfahrungswerte der Beteiligten womöglich eine Zäsur dar, deren politische Wirkungskraft sich in einigen Jahren entfalten könnte. Doch aufgrund ihrer offenen Struktur und ihrer mangelnden Selbstorganisation, die der Spontaneität ihrer Entstehung geschuldet war, konnte sich die Bewegung nicht davor schützen, von den von der AKP marginalisierten Oppositionsparteien und extremistischen Gruppen vereinnahmt zu werden. Damit gab sie Erdoğan's AKP einen Anlass für populistische Kritik und für Gegenmaßnahmen der Staatsmacht – auch wenn dies nicht die Entscheidungen für ungesetzliches und unverhältnismäßig massives Vorgehen der Sicherheitskräfte rechtfertigt.

6. Was bleibt von „Gezi“?

In Folge der anhaltenden Repression und unter den gegebenen Umständen des sich stets von oben transformierenden politischen Systems stehen der Protestbewegung nur

²¹ Vgl. bspw. Aylin Ş. Görener, Meltem Ş. Ucal: „The Personality and Leadership Style of Recep Tayyip Erdoğan: Implications for Turkish Foreign Policy“, in: *Turkish Studies*, 12 (3), 2011, S. 357-381.

²² *BBC News*: „Turkey protests: PM Erdogan issues stern warning“, 11. Juni 2013, <http://www.bbc.co.uk/news/world-europe-22859959>.

²³ Vgl. bspw. Roy Karadag: Islam und Politik in der neuen Türkei. Der Aufstieg der AKP aus historisch-institutionalistischer Perspektive, in: *Zeitschrift für Politik* 59 (3), 2012, S. 332-354. Zum Konzept der „konservativen Demokratie“ vgl. Charlotte Joppien: Die türkische Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP) – Eine Untersuchung des Programms „Muhafazakar Demokrasi“, Berlin 2011.

²⁴ Dazu sind die geplanten bzw. angedeuteten Militärcoups der Jahre 2004 und 2007 und das Verbotsverfahren gegen die AKP 2008 ebenso wie die Wahlschlachten um das Präsidentenamt 2007 und um die Verfassungsreform 2010 zu zählen, bei denen die Opposition immer deutlich unterlag. Schließlich gestand auch das Militär, traditionell ein selbsternanntes Korrektiv anti-kemalistischer Politik, seine Niederlage im Kampf gegen die Regierung ein, als der Generalstab 2011 nahezu geschlossen zurücktrat.

wenige Entwicklungsoptionen zur Verfügung. Blicke sie wie bislang strukturell weitgehend unorganisiert im Sinne einer virtuellen Bewegung ist sie auf lange Sicht ohne echte Einflussmöglichkeit aufgrund der etablierten Diskurs- und Entscheidungsstrukturen in der türkischen Politik- und Medienlandschaft. Sie würde allenfalls ein Objekt von Konkurrenzdenken und Anfeindung bei den etablierten Parteien sowie von Marginalisierung und Unterdrückung durch die Staatsmacht bleiben.

Will sie weiterbestehen, muss sie sich daher organisatorisch formatieren und auf eine inhaltliche Basis konzentrieren.²⁵ Hierbei reicht es nicht aus, an Bestehendem und Dominierendem Protest zu üben und Ungerechtigkeiten und Unzulänglichkeiten im System anzuprangern. Stattdessen müssen konstruktive Vorschläge dafür gemacht, wie jene „neue“, demokratischere Türkei geschaffen werden kann.²⁶ Allerdings ist der Aufbau neuer Parteien in der Türkei stark reglementiert und dementsprechend nur erschwert möglich. Zudem dominieren seit einer Dekade eben die AKP und die drei Oppositionsparteien im Parlament das politische Feld. Um also innerhalb des etablierten (und sich weiter verändernden) Parteiensystems zumindest mittelfristig erfolgreich zu sein, müsste die Bewegung versuchen, sich deutlich durch innovative Ideen und Strukturen von den bestehenden Parteien abheben, etwa durch profilierte und überzeugende Demokraten ohne „lider“-Allüren an der Spitze, transparente Parteistrukturen (auch bei den Finanzen) und einer inklusivistischen, gesamtgesellschaftlichen Rhetorik und Kommunikation, die den „Geist von Gezi“ lebendig hält. Nichtsdestotrotz aber ist der Weg für eine neue Partei lang und steinig. Auf der anderen Seite ist von der Regierung bzw. Premier Er-

doğan bislang keine Kurskorrektur zu erkennen und zunächst auch nicht zu erwarten. Doch müsste der AKP daran gelegen sein, verlorenes Vertrauen so gut es geht zurückzugewinnen, wenn sie nicht (trotz aller Reformfolge) als Spaltpilz von Gesellschaft und Republik in die Geschichte eingehen will. Denn schließlich bleibt auch die Feststellung, dass die Entwicklungen, deren vorläufiger Kulminationspunkt „Gezi“ gewesen ist, fortlaufen und sich nun örtlich und inhaltlich neu kalibrieren. Somit kann der Regierung selbst nur geraten sein, ihrer Reformpolitik dringend eine Kommunikationsstrategie hinzuzufügen, die die Menschen mitnimmt, diese klar und deutlich von der Notwendigkeit, Ausgewogenheit und der Richtigkeit der getroffenen und zu treffenden Maßnahmen überzeugt und ihnen das Gefühl einer lebendigen Demokratie vermittelt. Dies setzt gleichwohl ein Umdenken bei den strategischen Köpfen in Regierung und Partei voraus, den Politikan-satz der „konservativen Demokratie“ zu liberalisieren und ihn inklusivistisch statt exklusivistisch zu begreifen: So ist nicht nur die Opposition in die Reformprozesse ein-zubeziehen; auch und gerade mit der kreativen und progressiven – sowie ihrerseits reform- und gesprächsbereiten – Jugend muss die AKP in den Dialog treten.²⁷ Für sie gilt es, die nahende Post-Erdoğan-Phase zukunftsorientiert zu gestalten, will sie nicht mittelfristig in der Versenkung verschwinden wie die Mutterlandspartei nach Turgut Özal.²⁸

Allerdings setzt dies auch voraus, dass es zu einer lückenlosen Aufarbeitung der Vorfälle rund um „Gezi“ mit all seinen Rechts- und Gesetzesbrüchen kommt. Doch ist dies von der politisierten Justiz derzeit ebenso wenig zu erwarten wie von der Opposition und den Medien. Deren Druck auf die Regierung ist entweder inexistent oder reicht nicht aus, um

²⁵ Zwar wurden Versuche der Parteienneugründung erfolgreich gestartet, doch ist fraglich, wie ernst sie gemeint sind bzw. ob bestehende Organisationen nicht schlichtweg von der Proteststimmung gegen die AKP im Vorfeld kommender Wahlen profitieren wollen. Vgl. bspw. *Süddeutsche Zeitung*: „Wählt Gezi-Park!“, 25. Oktober 2013, <http://www.sueddeutsche.de/politik/neue-partei-der-tuerkischen-protestbewegung-waehlt-gezi-park-1.1803861>; Orhan Miroğlu: „Turkey's new party: HDP“, *Today's Zaman* vom 31. Oktober 2013, <http://www.todayszaman.com/columnists/orhan-miroglu-330257-turkeys-new-party-hdp.html>.

²⁶ Dass dies möglich ist, zeigt ironischerweise gerade die als Sammelbecken gegen das damals desavouierte politische Establishment 2001 gestartete AKP. Zum erstens Wahlsieg der AKP im Jahr 2002 vgl. Soli Özel: „After the Tsunami“, in *Journal of Democracy*, 14 (2) 2003, S. 80-94.

²⁷ Vgl. auch Yüksel Taşkın: Hegemonizing Conservative Democracy and the Problems of Democratization in Turkey: Conservatism Without Democrats?, in: *Turkish Studies*, 14 (2), 2013, S. 292-310. Ansätze einer alternativen, inklusivistischen Politik lassen sich im Positionspapier der Partei aus dem Jahr 2012, „Political Vision of AK Parti 2023“ (<http://www.akparti.org.tr/upload/documents/akparti2023siyasivizyonuingilizce.pdf>) finden.

²⁸ Zwar scheinen sich in der Folge von „Gezi“ innerparteiliche Kritiker zu formieren. Mangels klarer Einsicht in die inneren Strukturen der Partei bzw. aufgrund ziemlicher Abschottung nach außen sind Aussagen über deren personalpolitische Entwicklung, insbesondere wenn Erdoğan 2014/15 nach den Präsidentschafts- bzw. Parlamentswahlen abtritt, weitgehend spekulativ.

diese bzw. Premier Erdoğan zu mehr Selbstkritik am eigenen Kurs und Führungsstil und zu einer Öffnung und Dezentralisierung der politischen Entscheidungsprozesse zu bewegen.

Den europäischen Organisationen, allen voran der EU, kommt für diese entscheidende Phase der türkischen Politik daher eine Schlüsselrolle als vertrauensvolle Partner der demokratischen Transformation zu. Die Verhandlungen um einen EU-Beitritt müssen auch während der kommenden zweifelsfrei schwierigen Wahljahre aktiv fortgeführt werden. Zudem sollte noch vor dem bereits absehbaren Ende der Ära Erdoğan eine echte Beitrittsperspektive mit einem ernsthaften Zeit- und Arbeitsplan für den Verhandlungsfortschritt gegeben werden. Dabei muss die

türkische Seite die Zeit bis zum deklarierten Ziel der Beitrittsreife bis 2023 ebenso effektiv nutzen, wie die EU und ihre Mitgliedsstaaten, denen es ihrerseits derzeit an Erweiterungs- und Integrationsreife mangelt.

So verdeutlichte „Gezi“ auch, dass eine baldige, stärkere Anbindung der Türkei an die EU nicht nur im eigenen strategischen Interesse Europas sein darf. Ebenso ist sie notwendig, um diejenigen pro-europäischen Kräfte inner- und außerhalb der AKP zu stärken, die seit Jahren – trotz aller Hürden und Widerstände im In- und Ausland und trotz fallender EU-Begeisterung in der türkischen Bevölkerung – für eine Vollmitgliedschaft und damit für die nachhaltige Stärkung von Demokratie und Freiheit in der Türkei eintreten.

Impressum

Herausgeber

Deutsches Orient-Institut

Jägerstraße 63 D
10117 Berlin

Tel.: +49 (0)30-20 64 10 21

Fax: +49 (0)30-30 64 10 29

doi@deutsches-orient-institut.de

www.deutsches-orient-institut.de

Copyright: Deutsches Orient-Institut

Alle Rechte vorbehalten.

Es wurden keine Abbildungen, Kopien oder Übertragungen gemacht ohne Erlaubnis der Autoren.

Die DOI-Kurzanalysen geben ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Autor

Ludwig Schulz

Chefredaktion

Sebastian Sons

Layout

Hui Pieng Lie

Editoren

Anna Fleischer
Alexander Rüsche

Vorstand*Vorsitzender des Vorstandes*

Dr. Gerald Bumharter
General Manager ABC International Bank plc

Stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes

Henry Hasselbarth
Vice President North & Central Europe a.D.
Emirates Airlines

Dr. Michael Lüders, Islamwissenschaftler
Mitglied des Beirates im NUMOV
Michael Lüders Nahostberatung

Helene Rang
Geschäftsführender Vorstand des NUMOV
Helene Rang & Partner

Weitere Mitglieder des Vorstandes

S.E. Ali Bin Harmal Al Dhaheri
Chairman of the Executive Board of Governors
Abu Dhabi University

Prof. Dr. Christina von Braun,
Vorsitzende des Lehrstuhls für Kulturgeschichte und Gender
Studies Humboldt Universität zu Berlin
Kulturwissenschaftliches Seminar

Elke Hoff
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

Philipp Lührs, Regional Vice President
Deugro Middle East Regional Headquarters

Saffet Molvali
Eren Holding A.S.

Dr. Gunter Mulack, Botschafter a.D.
Direktor und Mitglied des Vorstandes

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Hermann Parzinger
Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz

Prof. Dr. Susanne Schröter
Institut für Anthropologie / Exzellenz-Cluster
„Herausbildung normativer Ordnungen“
Goethe-Universität Frankfurt

Prof. Dr. Rainer Schwarz
Sprecher der Geschäftsführung a.D.
Flughafen Berlin-Schönefeld GmbH

Dr. Rainer Seele
Vorsitzender des NUMOV,
Vorstandsvorsitzender Wintershall Holding GmbH

Kuratorium der Deutschen Orient-Stiftung*Präsident*

Günter Gloser, MdB, Staatsminister a.D.
Mitglied des Deutschen Bundestags 1994 - 2013

Stellvertretender Präsident

Prof. Dr. Mathias Rohe
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-
Nürnberg, Juristische Fakultät

weitere Mitglieder des Kuratoriums

Prof. Dr. Yousef Abdul Ghaffar
Präsident der Kingdom University in Bahrain

Klaus-Uwe Benneter
HEUSSEN Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Dr. Wolf-Ruthart Born
Staatssekretär a.D.

Dr. Ralf Brauksiepe
Parlamentarischer Staatssekretär
Mitglied des Deutschen Bundestages

Peter Brinkmann
Journalist

Jürgen Chrobog
Staatssekretär a.D.
Mitglied des Vorstandes im NUMOV
Inhaber, The Foxhall-Group

Thomas Ellerbeck
Mitglied im Beirat des NUMOV
Mitglied des Management Board TUI AG

Prof. Dr. Friedhelm Gehrman
Steinbeis Universität Berlin
Institut "Global Consulting and Government"

Stephan Hallmann
ZDF Zweites Deutsches Fernsehen
HR Politik und Zeitgeschehen Aussenpolitik

Prof. Dr. Michael Köhler
European Commission

Nizar Maarouf
Vice Director Vivantes International Medicine

Burkhardt Müller-Sönksen
Rechtsanwalt
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

Prof. Detlef Prinz
Inhaber, PrinzMedien

Dr. Nicolas Christian Raabe
Vorstand NUMOV Juniorenkreis

Gerold Reichle
Leiter der Abteilung Luft- und Raumfahrt
im Bundesministerium für Verkehr, Bau und
Stadtentwicklung

Dr. Gerhard Sabathil
Direktor für Strategie, Koordination und Analyse
Generaldirektion Außenbeziehungen Relex-L
Europäische Kommission

Prof. Dr. jur. Dr. phil. Peter Scholz
Vizepräsident Amtsgericht Tiergarten
Honorarprofessor der Freien Universität Berlin

Oltmann Siemens
Repräsentant der Weltbank a.D.

Wilhelm Staudacher
EWS
Euroconsult Wilhelm Staudacher
Chef des Bundespräsidialamts a.D.
Staatssekretär a.D.

Dr. Willi Steul
Intendant des Deutschlandradio

Juergen Stotz, Chairman
Deutsches Nationales Komitee Weltenergieerat

Serkan Tören
Mitglied des Deutschen Bundestags a.D.

RA Rainer Wietstock
PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft